Wirtschaftsprogramm

Das **«Handelszeitung»-Rating** zu den Parteien zeigt: Liberale Werte sind in der Defensive – selbst die Freisinnigen bekommen nur vier von fünf Sternen.

PETER ROHNER UND SERAINA GROSS

Die Schweiz sieht sich gerne als Hort des Liberalismus. Man ist stolz auf Menschen mit viel Bürgersinn, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen und eine hohe Arbeitsmoral haben, und auf einen schlanken Staat, der nicht alles selber regeln will, sondern sich darauf beschränkt, für seine Bürgerinnen und Bürger den Spielraum zu schaffen, damit sie ihre Lebensentwürfe möglichst gut realisieren können.

Doch die Realität ist eine andere. Auch in der Schweiz greift der Staat immer mehr um sich. Wenn man genau hinschaut, wie das die liberale Denkfabrik Avenir Suisse unlängst getan hat, dann fällt das Bild von der Schweiz als liberaler Musterschülerin in sich zusammen. Bei der Fiskalquote liegt die Schweiz gemäss Avenir Suisse mittlerweile bei 40 Prozent, wenn man die obligatorischen Beiträge an die Krankenkassen und Pensionskassen mit in die Rechnung einbezieht – gleichauf mit Deutschland oder Österreich.

Der Staat stockt auf, auch personell. Der öffentliche Sektor stellt inzwischen umgerechnet 950 000 Vollzeitstellen, 23 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Die Beschäftigung in der Privatwirtschaft ist im gleichen Zeitraum nur um 8 Prozent gestiegen. Untersuchungen zeigen ausserdem, dass der Staat ein attraktiver Arbeitgeber ist, welcher der Privatwirtschaft mit hohen Salären, mehr Arbeitsplatzsicherheit und grosszügigen Pensionsleistungen das Leben schwer macht.

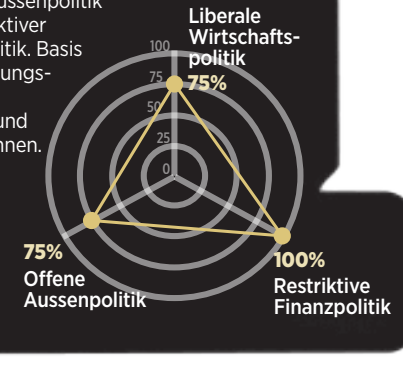
Subventionen, die kommen, um zu bleiben

Dazu kommt die zunehmende Privilegierung einzelner Interessengruppen durch den Staat. Ob die Subventionierung von Kinderkrippen oder die Unterstützung der Tourismusbranche, das Prinzip ist dabei oft das gleiche: Man schafft Akzeptanz für staatliche Hilfen, indem man sie in einem ersten Schritt nur für vorübergehend beschliesst – und erneuert sie dann immer wieder. Das Resultat sind «Providurien» und ein ständiger Ausbau der staatlichen Kompetenzen; ein Spiel, das zulasten einer immer kleiner werdenden Gruppe von Nettozahlern und -zahlerinnen geht und bei dem inzwischen längst nicht mehr nur linke Parteien und Interessengruppen mitmachen, sondern auch Wirtschaftsorganisationen. So wird auch die Schweiz immer mehr ein Land, in dem ein bedeutender Teil der Wirtschaftsleistung in staatliche Tätigkeiten fliesst.

Und es sieht nicht danach aus, als ob der Trend kehren würde. Das zeigt das wirtschaftspolitische «Handelszeitung»-Rating der Parteien, das die «Handelszeitung» mit Blick auf die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober erstellt hat. Dabei haben wir die Wirtschaftsprogramme der vier Bundesratsparteien SVP, SP, FDP und Mitte sowie der Grünen und der Grünliberalen auf ihre Verträglichkeit mit liberalen Grundsätzen abgeklopft. Anschliessend haben wir mithilfe der Online-Wahlhilfe Smartvote überprüft, ob sich die Parlamentarierinnen und Parlamentarier der jeweiligen Parteien bei den Abstimmungen auch an die in den Parteiprogrammen formulierten Grundsätze hielten. Aufgrund des Abstimmungsverhaltens haben wir zudem das wirtschaftspolitische Profil der Parteien in den Themenfeldern Wirtschaftspolitik, Finanzpolitik und Aussenpolitik dargestellt.

DAS «HANDELSZEITUNG»-RATING
Für das Rating haben wir die Wirtschaftsprogramme der Parteien aus liberaler Sicht beurteilt und mit dem realen Abstimmungsverhalten der Parlamentarier und Parlamentarierinnen verglichen. Zu vergeben waren minimal einer, maximal fünf Sterne.

DER PARTEIEN-SPIDER
Die Grafik stellt das wirtschaftspolitische Profil der Parteien entlang dreier Achsen dar: Je weiter aussen, desto liberaler sind die Parteien in der Wirtschaftspolitik, desto offener in der Aussenpolitik und desto restriktiver in der Finanzpolitik. Basis ist das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier und Parlamentarierinnen.



SP – je mehr Staat, desto besser

Anders als andere sozialdemokratische Parteien konnte sich die SP bis heute nicht von der Überwindung des Kapitalismus verabschieden. Das Postulat steht bis heute im Parteiprogramm. Bis es so weit ist, kämpft die SP für das Primat der Politik über die Wirtschaft. Je mehr Staat, desto besser, heisst das Credo – auch wenn es dafür höhere Steuern und Abgaben braucht. Klar, dass da alles, was den Anschein einer Sparvorlage hat, schlecht wegkommt. Bei der Altersvorsorge sind selbst minimale Anpassungen mit den Genossen und Genossinnen nicht zu machen, ganz zu schweigen von grossen Würfen wie der Flexibilisierung des Rentenalters. Beim Wohnraum setzt die SP auf die Überprüfung der Renditen und mehr gemeinnützigen Wohnungsbau. In der Energiepolitik gibt es Fördergelder für erneuerbare Energien, eine vollständige Liberalisierung des Strommarktes kommt für die SP nicht infrage. Kurzum, die SP steht für das Gegenteil von wirtschaftsliberal.

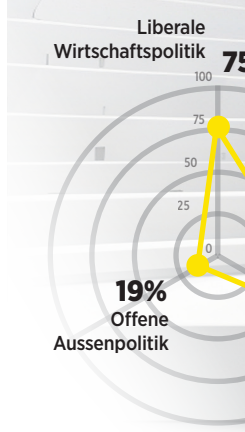
Beim leidigen Thema Europa steht die SP zwar aus wirtschaftlicher Sicht grundsätzlich auf der richtigen Seite. Gleichzeitig ist ihre Haltung nicht frei von Widersprüchen. So bedauert die Partei zwar das Scheitern des institutionellen Rahmenabkommens, gleichzeitig waren die hohen Lohnschutzforderungen von SP und Gewerkschaften aber auch ein Grund, warum es zu keiner Einigung mit Brüssel kam. Die Politik der SP richtet sich vor allem gegen Grosskonzerne und Banken. KMU kommen in der Regel besser weg. So unterstützte die SP etwa das Gewerbe mit einer Kartellrechtsrevision, um die Marktmacht von Grosskonzernen zu beschränken. Auch die Forderung nach mehr Mitteln für die Bildung und damit für mehr Chancengleichheit verträgt sich gut mit einem liberalen Verständnis. Zugutehalten muss man der SP auch, dass sie sich schon vor dem Kollaps der Credit Suisse für eine stärkere Regulierung und eine bissigere Aufsicht einsetzte.

CÉDRIC WERMUTH UND MATTEA MEYER
Das Co-Präsidium trimmt die SP gemeinsam mit **Jacqueline Badran** aus Zürich und **Samuel Bendahan** aus der Waadt wirtschaftspolitisch auf links.

KEYSTONE (3), HZ, MONTAGE/MIDJOURNEY

SVP – fis

In wirtschaftspoliti
wie die FDP. Wenn
das Budget zu kür
– was ihr bei Smartvo
striktive Finanzpolitik
zwei Bereiche: die Ar
Die Partei fordert gar
Milliarden auf 1 Proze
noch deutlich unter d
Länder gegeben hab
SVP-Fraktion einer M
welche nach deutsch
Ölkonzernen und Zw
dem Ukraine-Krieg se
eine Wirtschaftsparte



Die Grünen – wirtschaftspolitisch ein Klon der SP

Auch wenn das Marketing der beiden Parteien etwas anderes suggeriert: Zwischen die SP und die Grünen passt kein Blatt Papier, zumindest nicht im Parlament. Schaut man sich das Abstimmungsverhalten der Parlamentarier und Parlamentarierinnen an, so fragt man sich, warum es hier überhaupt zwei Parteien gibt. Unterschiede muss man mit der Lupe suchen. Bei den Grünen sind die Meinungen in Finanzfragen etwas breiter gefächert als bei der SP. In der Sozialpolitik aber sind die Grünen ebenso wie die SP selbst für minimale Kompromisse nicht zu haben. In der Energiepolitik, wo es jetzt darum geht, die Versorgung der Zukunft zu sichern und die Emissionen zu reduzieren, schneiden die Grünen gar noch wirtschaftsfeindlicher ab als die SP. So feierten die Grünen etwa die Ablehnung von schnelleren Bewilligungsverfahren für Solaranlagen im Wallis als Sieg, während die SP in dieser Frage gespalten war. Die SP Unterwallis war dagegen, die SP Oberwallis dafür. Für eine Verschärfung des Kartellrechts und für eine strenge Grossbankenregulierung sind aber auch die Grünen zu haben. Zudem setzen sie sich für die einseitige Abschaffung von Industriezöllen und die Reduktion von Agrarsubventionen und Zollkontingenten ein. Sie stehen allgemein für eine möglichst offene Aussenpolitik. Das gibt aus wirtschaftsliberaler Sicht ein paar Pluspunkte, ebenso wie für ein grundsätzliches Bekenntnis zum Freihandel, das allerdings nur so lange gilt, als es mit den Nachhaltigkeitszielen der Grünen kompatibel ist. Und mit ihrer ultrapazifistischen Haltung im Ukraine-Krieg nach dem Motto «keine Waffen, auch für Opfer von Angriffskriegen nicht» schaden die Grünen nicht nur der Schweizer Rüstungsindustrie, sondern auch dem Ruf der Schweiz als verlässlicher Partner im Rahmen des westlichen Wertebündnisses.

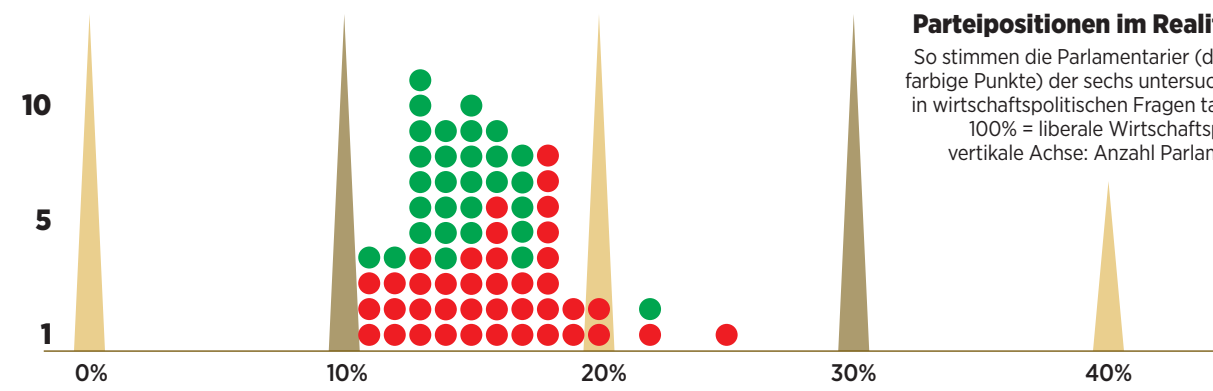
BALTHASAR GLÄTTLI
Der Parteipräsident, **Franziska Ryser** in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben und der Freiburger **Gerhard Andrey** sind ein Garant für linke Positionen.

KEYSTONE (2), PAOLO DUTTO FÜR HANDELSZEITUNG, HZ, MONTAGE/MIDJOURNEY

Die Mitt

Es sind die erst
Die Mitte, die
BDP hervorgi
Schweiz zusammen
Polarisierung. Auch
Themen nimmt sie g
mungsverhalten im
im Durchschnitt mit
Bandbreite innerhal
neuen Partei die Fus
Positionspapieren d
Wettbewerb als Gru
es gibt Ausnahmen.
Idee, der Landwirts
Stattdessen verteidi

Parteipositionen im Reali
So stimmen die Parlamentarier (d
farbige Punkte) der sechs untersuc
in wirtschaftspolitischen Fragen ta
100% = liberale Wirtschaftsp
vertikale Achse: Anzahl Parlam



me im Stresstest

skalpolitisch ist sie die bessere FDP

schen Fragen tickt die SVP ähnlich liberal
n es darum geht, Steuern zu senken und
zen, ist die SVP meist an vorderster Stelle
ote den höchsten Wert auf der Achse «Re-
» beschert. Tabu sind bei der SVP nur
mee und die Landwirtschaft. Mehr noch:
, dass die Verteidigungsausgaben um 2
nt des BIP erhöht werden, was immer
lem 2-Prozent-Ziel liegt, das sich die Nato-
en. Überraschend war, dass ein Drittel der
otion aus den eigenen Reihen zustimmte,
em Vorbild sogenannte Übergewinne von
ischenhändlern im Zusammenhang mit
eparat besteuern wollte. Problematisch für
ei sind die isolationistischen Tendenzen.

Die SVP ist zwar für Freihandelsabkommen zu haben, aber eine florierende Wirtschaft braucht nicht nur möglichst viel Offenheit für Güter und Kapital, sondern auch für Arbeitskräfte. Die SVP hat den Kampf gegen die Zuwanderung geradezu zu ihrem Markenkern gemacht, will die Personenfreizügigkeit kündigen und stellt damit die bilateralen Verträge mit der EU infrage. Auch ihr rigoroses Neutralitätsverständnis kommt der Wirtschaftspartei SVP immer wieder in die Quere. So zog die SVP etwa mit der pazifistischen Ratslinken am gleichen Strick, als es darum ging, die Lex Ukraine zu bodigen. Das Gesetz hätte es der Schweizer Rüstungsindustrie möglich gemacht, Rüstungsgüter an Länder zu verkaufen, damit diese dann von dort an die Ukraine geliefert werden können.

MARCO CHIESA
Der Mann mag SVP-Präsident sein. Wirtschaftspolitisch aber prägen **Magdalena Martullo-Blocher** und Fraktionspräsident **Thomas Aeschi** das Profil der Partei.

KEYSTONE (3), HZ MONTAGE/MIDJOURNEY

FDP – das liberale Parteiprogramm bleibt oft Theorie

«Mehr Freiheit, weniger Staat»: Mit diesem Slogan hat die FDP in den siebziger und achtziger Jahren Wahlen gewonnen. Dieser Spirit zieht sich auch heute noch durch das Parteiprogramm; auch wenn die FDP damit schon seit langem keine Wahlen mehr gewinnt. Dem Anspruch, die führende Wirtschaftspartei zu sein, wird sie auch weitestgehend gerecht – zumindest auf dem Papier. Im Parteiprogramm wird eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und weniger Regulierung gefordert. Die Freisinnigen befürworten den Abschluss neuer Freihandelsabkommen und die Abschaffung schädlicher Handelshemmnisse. Kurzum, die FDP steht für einen schlanken, aber starken Staat und mehr Eigenverantwortung. So weit, so gut. Doch wenn es konkret wird, dann nimmt es bisweilen auch die FDP mit dem liberalen Gewissen nicht mehr so ernst. Beispiel Klimaschutz, wo die FDP am Ende des Tages ein Gesetz mittrug, bei dem einmal mehr ganze Wirtschaftsbranchen auf Jahre hinaus an den Subventionstropf gehängt werden. Dafür gibt man sich in Randbereichen wie dem Verbot von Tabakwerbung prinzipienfest. Ein solches stellt nach Meinung der FDP einen unzulässigen Eingriff in die Werbefreiheit der Tabakindustrie dar, selbst wenn die Folgekosten des Rauchens vom Staat getragen werden. Verlass ist aus liberaler Sicht auf die Freisinnigen, wenn es um wirtschaftspolitische Vorlagen im engeren Sinn geht. Eine Auswertung des Abstimmungsverhaltens durch Smartvote zeigt, dass die Freisinnigen hier am liberalsten abstimmten. Anders sieht es bei der Finanzpolitik aus. Für einen konsequent haushälterischen Umgang mit den Mitteln steht nicht mehr die FDP, sondern die SVP. In der Aussenpolitik gehört die FDP zu jenen, die angesichts der geopolitischen Verwerfungen für eine moderate Neupositionierung der Schweiz im Rahmen des westlichen Wertebündnisses eintreten.

THIERRY BURKART
Unter ihm hat die FDP wieder an Profil gewonnen. Weitere wirtschaftspolitische Schwergewichte sind der Zürcher Anwalt **Beat Waltig** und der Bündner Ständerat **Martin Schmid.**

KEYSTONE (3), HZ MONTAGE/MIDJOURNEY

e – der Name ist Programm

en nationalen Wahlen für die Partei
2021 aus der Fusion der CVP mit der
ng. Mit dem Slogan «Wir halten die
» stemmt sie sich gegen eine zunehmende
bei wirtschafts- und finanzpolitischen
gemässigte Positionen ein. Das Abstim-
Parlament deckt sich gemäss Smartvote
jenem der Grünliberalen. Doch die
b der Fraktion ist sehr gross. Man sieht der
sion noch an. Die Mitte betont in ihren
ie Eigenverantwortung und sieht den
ndlage des Erfolgsmodells Schweiz. Doch
So hält die Partei etwa nichts von der
chaft etwas mehr Markt zuzumuten.
gt sie das bestehende Subventionssystem.

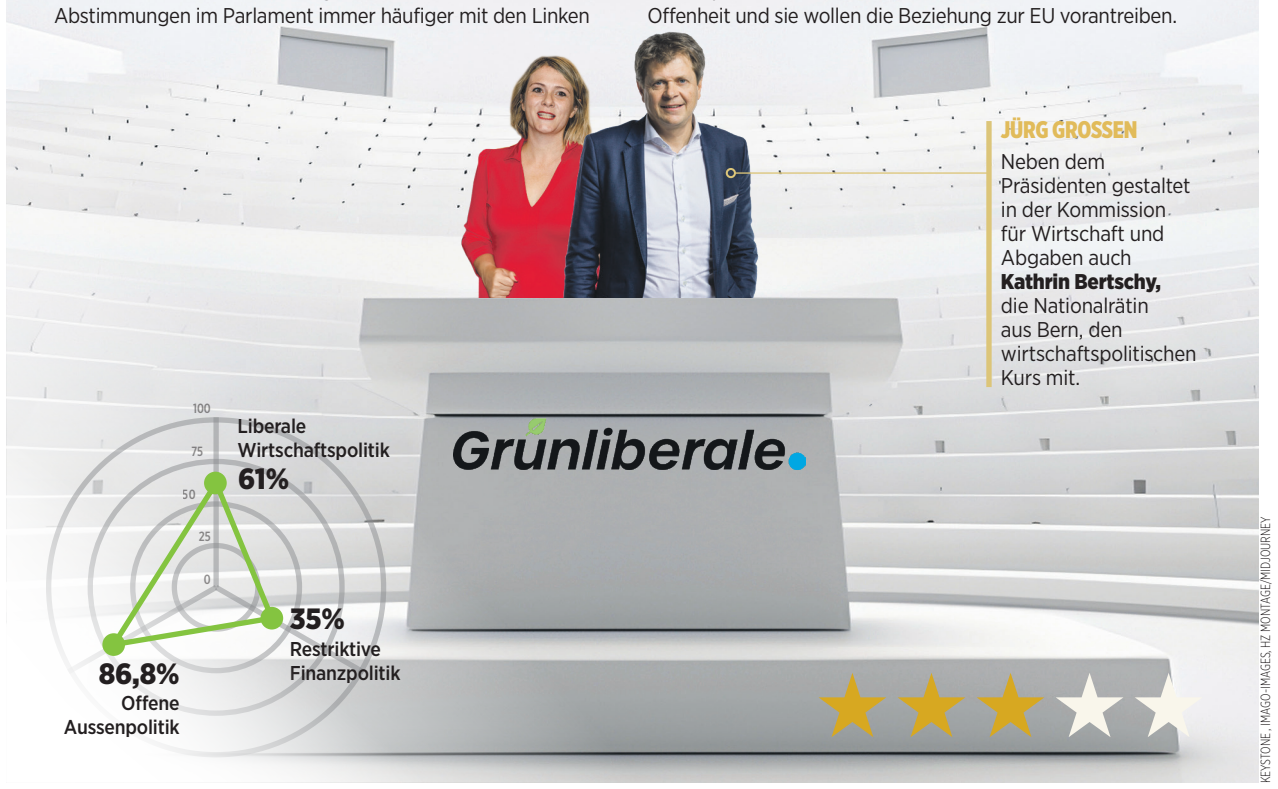
Auch wenn es jedes Jahr Milliarden verschlingt. Auch bezüglich der Frage der Krippenfinanzierung durch den Bund steht sie eher auf der Seite der Befürworter und Befürworterinnen. Dafür gibt es aus wirtschaftsliberaler Sicht ebenfalls Abzüge. Die Mitte stimmt oft mit Links-Grün, aber nicht immer. So hätte die Schweiz etwa die Bestimmungen zur Wiederausfuhr von Kriegsmaterial gelockert, wäre es nach der Mitte gegangen. Wie FDP-Parteipräsident Thierry Burkart will auch Mitte-Chef Gerhard Pfister an der Oligarchen-Taskforce teilnehmen und geht damit auf Konfrontation mit dem Bundesrat. Auch sonst ist die Mitte in puncto internationaler Zusammenarbeit und Offenheit mit der FDP vergleichbar. Sie steht voll hinter der Personenfreizügigkeit und setzt auf die seit Jahrzehnten bewährte Form der bilateralen Zusammenarbeit mit der EU.

GERHARD PFISTER
Der Mitte-Taktgeber und -Präsident politisiert mit Bauernpräsident **Markus Ritter** und **Leo Müller,** Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (NR).

KEYSTONE (2), ZVG, HZ MONTAGE/MIDJOURNEY

GLP – das L gerät immer mehr unter Druck

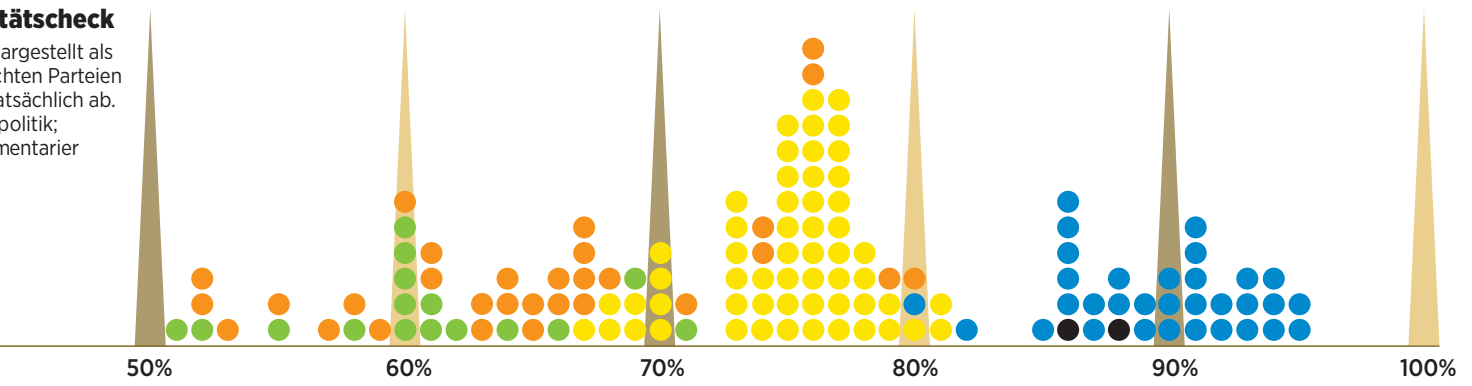
Die GLP hat sich seit ihrer Abspaltung als umweltbewusste Alternative zur FDP positioniert. Inzwischen ist sie die sechststärkste Kraft im Parlament. Auch sie beansprucht für sich das Label der Wirtschaftspartei. Zu Recht? Wenn man früheren Auswertungen der «Bilanz» und der «Handelszeitung» glaubt, ja. Sie kürten die GLP vor den Wahlen 2015 beziehungsweise 2019 gar zur wirtschaftsfreundlichsten Partei. In beiden Rankings kam den Grünliberalen zugute, dass sie gegen höhere Lohnabgaben zur Sanierung der AHV kämpften und dass sie sich für eine umkämpfte Unternehmenssteuerreform ins Zeug gelegt hatten, welche die Unternehmen entlastet hätte und die am Schluss in der Volksabstimmung scheiterte. Doch seither ist die GLP in wirtschaftspolitischen Belangen deutlich vom liberalen Kurs abgekommen und findet sich bei Abstimmungen im Parlament immer häufiger mit den Linken und den Grünen auf einer Bank. Mit der Unterstützung der von linksgrünen und kirchlichen Kreisen lancierten Konzernverantwortungsinitiative haben sich die Grünliberalen als ernstzunehmende Wirtschaftspartei weitgehend aus dem Spiel genommen. Auch bei der Kita-Offensive zeigt sich, wer wirklich liberal denkt: Während die Grünliberalen zusammen mit Linken und Grünen mehr staatliche Mittel fordern, lehnen weite Teile der FDP mehr Geld für externe Kinderbetreuung ab. Gemäss Auswertung von Smartvote stimmten die grünliberalen Parlamentarierinnen und Parlamentarier etwa so (wenig) wirtschaftsliberal ab wie die Mitte. Sie sind deutlich etatistischer als FDP und SVP. Auch bei finanzpolitischen Vorlagen decken sich die Ansichten der GLP am ehesten mit denen der Mitte-Partei. In der Aussenpolitik stehen die Grünliberalen weiterhin für maximale Offenheit und sie wollen die Beziehung zur EU vorantreiben.

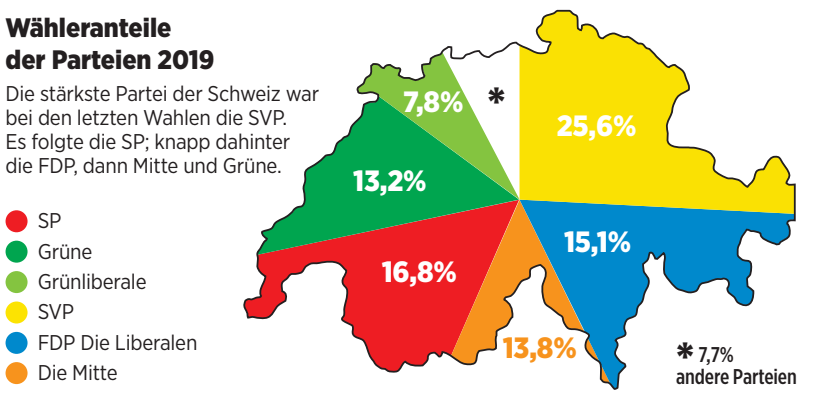


JÜRG GROSSEN
Neben dem Präsidenten gestaltet in der Kommission für Wirtschaft und Abgaben auch **Kathrin Bertschy,** die Nationalrätin aus Bern, den wirtschaftspolitischen Kurs mit.

KEYSTONE, IMAGO-IMAGES, HZ MONTAGE/MIDJOURNEY

tätscheck
argestellt als
chten Parteien
atsächlich ab.
politik;
mentarier



Wähleranteile der Parteien 2019

Die stärkste Partei der Schweiz war bei den letzten Wahlen die SVP. Es folgte die SP; knapp dahinter die FDP, dann Mitte und Grüne.